

Bundestagswahl 2013 (mit Anhang der Analyse 2009)

Jenseits der überall herausgehobenen Wahlergebnisse und Analysen (keine Wechselstimmung, hohe Angie-Sympathie trotz Unzufriedenheit mit Union und Regierung) gibt es ein paar interessante Beobachtungen:

Zunächst bei einer Betrachtung der Lager: Schwarz-Gelb hat von 2005 (45%) über 2009 (48%) bis 2013 (46%) nur unwesentlich zugenommen. Die Wähler dieses Lagers sind hin- und hergeschwappt. Eindeutiger **Grund**: 2009 wollten viele Unionswähler die Große Koalition beenden; dafür stand die Oppositions-FDP, deren fast 15% niemals FDPler waren.

	24.9.05	27.9.09	22.9.13
CDU/CSU	35,2	33,8	41,5
SPD	34,2	23	25,7
GRÜNE	8,1	10,7	8,4
FDP	9,8	14,6	4,8
LINKE	8,7	11,9	8,6
Piraten		2	2,2
AFD			4,7
Sonstige	3,9	6	4,1

Auch für die anderen kleineren Parteien waren die Zunahmen 2009 gegenüber 2005 der Tatsache zuzuschreiben, dass sie alle als Oppositionsparteien „Alternativen“ zur Regierung waren.

Interessant, die auf die beiden großen Parteien entfallenden Anteile zu addieren; Union und SPD hatten 2005 zusammen 69%, verloren in Summe 2009 fast 13%-Punkte und machten das 2013 mit einer Zunahme auf 67% wieder wett.

Dramatisch ist dabei allerdings das Schicksal der **SPD**, die 2005 mit der Union noch gleichauf lag, 2009 war die Differenz 10%-Punkte, 2013 sogar 15%-Punkte größer. Nimmt man die Wahl 2009 wegen des Effektes der Großen Koalition heraus, sieht man den dramatischen Einbruch der SPD von 2005 auf 2013 um 8,5%-Punkte umso deutlicher, als Grüne und Linke in diesem Vergleich nicht „lager-kompensatorisch“ zugelegt haben.

Was ist also passiert?

Deutschland ist sozialdemokratischer geworden und die Union auch. Sie hat unter Angela Merkel und Horst Seehofer die meisten harten Gegensätze zu SPD und GRÜNEN durch Übernahme links-grüner Leitthemen (insbesondere Kernenergie, Erneuerbare Energien, mehr Geld für Bildung und Forschung, Mindestlohn) weggeräumt, d.h. die Union hat sich gewaltig geändert! Was die Union als Sozialdemokratisierung der deutschen Gesellschaft spürte und aufnahm, hat zugleich der FDP das Genick gebrochen. Ihr ideologisches Freiheitsgerede zieht nicht mehr; ihr Klassenkampf für die Besitzenden ist weniger vermittelbar denn je!

Dass das **Spitzenpersonal** der FDP seit Westerwelle nicht mehr ausreichend überzeugen konnte, kommt hinzu. Demgegenüber strahlt die Bundeskanzlerin Solidität aus – man vertraut ihr bis weit in die Anhängerschaft der linkeren Parteien hinein. Der Kanzlerkandidat der SPD hätte mit hoher Sachkompetenz besser punkten können als dem mageren Ergebnis der Wahl. Ihm hat die Kampagne um die Vortragshonorare gleich zu Beginn die Chancen vermässelt – das Image des hochgeachteten Ex-Finanzministers und Krisenmanagers war dahin. Der Angreifer geriet in eine vertrackte (Selbst-)Verteidigungsposition.

Auch die **GRÜNEN** müssen sich mit einigen Wahrheiten auseinandersetzen. Sie haben seit 2005 nichts dazu gewonnen, d.h. sie stagnieren mit ihren Themen, die zwischenzeitlich geradezu himmelsstürmende Auftriebskräfte freigesetzt hatten (Stuttgart 21, Fukushima und die Kernenergie-Kontroverse). Hier ist das baden-württembergische Bundestagswahlergebnis hochinteressant: 10,7, 13,9, 11% waren die Ergebnisse der letzten drei Bundestagswahlen. Zwischen 2009 und 2013 hatten Umfragen die GRÜNE teilweise über 30% gehoben. Bei der Landtagswahl 2011 sorgte Fukushima für 23% und den Posten eines Ministerpräsidenten. Nun ist die Union wieder obenauf. Ergebnis 2013: 45,7%, zusammen mit der FDP gegenüber 2005 unverändert knapp 52%.

Man kann sagen, dass sich die **LINKE** auch in den alten Bundesländern trotz Verlusten etabliert hat. Das wird sehr deutlich, wenn man 2013 mit 2005 vergleicht, als jeweils 8,6% erreicht wurden: im Osten Abnahme um etwa 3%, im Westen Zunahme um knapp 1%, in den Stadtstaaten incl. Berlins um 2%.

2013 liegt die Partei in den Stadtstaaten Berlin (18,5%) sowie Bremen und Hamburg (um gut 9%) relativ hoch, im Saarland schmilzt der Lafontaine-Faktor sehr schnell ab (jetzt 10%, 2009 noch 21%!). Während die Partei im Westen gegen 2009 nur um grob 3% abgenommen hat, sind es im Osten 4, 5 bis 8%-Punkte!.

In den westdeutschen Flächenstaaten hat die LINKE im Übrigen um 5% erreicht, in den ost-deutschen dagegen noch immer um 22%.

Die **Piraten** haben wohl das Schicksal erlitten, das ihnen auch anderswo (Schweden) widerfahren ist: eine kurze Hype als Protestpartei und dann Absturz in die Bedeutungslosigkeit (s. a. mein Artikel vom März 2012 dazu auf www.amrehsprung.de). Ihr schmales Themenspektrum ist zu technisch, so dass sie noch nicht einmal mit dem allgemein populäreren Thema Datenschutz punkten konnten.

Zudem hat sich die junge **AFD** als neues Sammelbecken von Protestwählern aus allen Ecken angeboten. Ihr Achtungserfolg hätte größer sein können, wenn sie es geschafft hätte, aus der Ecke scheinbarer Europaskeptiker und –Gegner herauszukommen. Hier war eine nicht ganz faire Kampagne der anderen Parteien ursächlich, die Ablehnung der „Rettungspolitik“ als gegen Europa gerichtet zu diffamieren.

Und in Bonn ein Wunder

Mit knappem Vorsprung von 0,7% gewann der SPD-Kandidat Ulrich Kelber das Direktmandat im Wahlkreis Bonn-Stadt, obwohl die SPD bei den Zweitstimmen ganze 10% hinter der CDU lag.

	Zweitstimmen	Erststimme
CDU	36,0	37,5
FDP	8,5	6,0
SPD	26,0	38,2
GRÜNE	13,6	8,6
Linke	6,4	4,4
AFD	4,3	2,5
Piraten	2,2	2,4
Sonstige	3,0	0,4

Stimmsplitting seitens grüner und linker Wähler konnten dem SPD-Kandidaten gerade mal 7% zuführen. Sein Erststimmenergebnis lag aber um 12,2% über dem SPD-Ergebnis.

Auf CDU-Seite führte Stimmsplitting zu einem Zugewinn von 1,5%, während das Erststimmendefizit FDP und der AFD $2,5+1,8= 4,3\%$ Wähler betrug.

Es müssen also in großer Zahl Wähler von CDU, FDP und AFD dem SPD-Kandidaten Erststimmen gegeben haben, obwohl Ulrich Kelber ein ausgemacht grüner Sozialdemokrat (100% erneuerbare Energien!) ist, der von seinem biederen Landesverband nicht auf die Landesliste genommen wurde.

Das ist sicher ein außerordentlicher Erfolg des SPD-Kandidaten Ulrich Kelber, der einem Wunder gleicht.

Es lebt die sozialdemokratische Mitte Deutschlands

Eine Analyse der Wahlergebnisse vom 27. September 2009

Das Wahlergebnis verstehe ich so, dass die sozialdemokratische Politik der Großen Koalition mit fast 60% - bei erwartbaren Verlusten nach links und rechts – gute Zustimmung gefunden hat, also auch weiterhin mehrheitsfähig ist:

Es ist nach der Wahl zum Deutschen Bundestag immer wieder gerätselt worden, warum die SPD so schlecht abgeschnitten hat. Dabei ist die Antwort recht einfach: **Deutschlands Mitte denkt sozialdemokratisch**, hielt aber Angela Merkel für die beste Repräsentantin dieser Politik. Weit **unterschätzt wurde die Skrupellosigkeit der FDP**, die von konservativen Kreisen wohl als ein wünschenswertes, „rechtes“ Korrektiv für die als zu sozialdemokratisch eingeschätzte Union gewählt wurde.

So gab und gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die von Angela Merkel geführte Große Koalition weitestgehend eine sozialdemokratische Politik der Mitte betrieben hat. Das Wahlergebnis zeigt doch eindeutig, dass diese Politik von konservativen CDU/CSU-Wählern nur unter Zähneknirschen hingenommen worden ist – am Wahltag mit spürbaren Verlusten zur FDP, die insbesondere den Wirtschaftskonservativen als klar definierte Interessenpartei der Wohlhabenden die bessere Alternative schien – und sei es nur, um die Union wieder nach rechts zu ziehen, wo sie unter Angela Merkel, Friedrich Merz und dem „Professor aus Heidelberg“ vor 2005 stand.

Ebenso erging es der SPD mit ihrer guten sozialdemokratischen Politik der Mitte gegenüber der links-populistischen PDS, nachdem sich diese des begnadeten Redners Lafontaine sowie einiger Gewerkschafter inclusive einiger kommunistischer Restgruppen im Westen bemächtigt hat. Notwendige Entscheidungen wie

- die sanfte, allmähliche Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder
- die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die einen fairen Ausgleich zwischen den Arbeitenden und den Empfängern von Leistungen darstellten und die bürokratischen Spielchen zwischen Kommunen (für Sozialhilfe zuständig) und der Bundes-Agentur (für Langzeit-Arbeitslose zuständig) beendete, trieben spiegelbildlich zur konservativen Seite linkere Wähler in die Arme der „Linken“.

Dass Große Koalitionen an die Extreme, also an die beiden „Klassenparteien“ FDP und „Linke“ verlieren würden, ist Schulbuchweisheit, kann also niemanden überraschen. Überraschend war, dass die SPD für die gemeinsam mit der Union gestaltete sozialdemokratische Politik und das hervorragende Krisenmanagement vor allem des Finanzministers weniger Stimmen als die Union bekam – die Union also für ihren Schwenk auf sozialdemokratischen Kurs in der Mitte belohnt wurde und die Verluste an die FDP teilweise ausgleichen konnte. Offenbar hat es die Kanzlerin geschafft, die gute gemeinsame, aber eben sozialdemokratische Politik (man denke dabei auch an Frau von der Leyen!) als ihre Leistung zu reklamieren und dabei Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Ein gutes Beispiel ist die zunächst von der SPD verkündete „**Rettung**“ von OPEL; für die, die das ganz positiv fanden, besetzte nach ganz kurzer Zeit die Kanzlerin das Thema. Wer die Rettungsversprechen für falsch hielt, dürfte – ausweislich der Wahlergebnisse an den Standorten – oft genug zur FDP gewechselt sein.

Demgegenüber haben Sozialdemokraten unterhalb der Regierungsebene keinerlei **Stolz auf ihre Führungs- und Gestaltungsleistung** im Interesse von Deutschlands Zukunft gezeigt, sondern sich für das Richtige eher geschämt; die Wähler mussten den Eindruck gewinnen, dass die SPD-Mitglieder „eigentlich“ wollten, was Lafontaine und die „Linke“ formulieren.

Dabei gab es allen Grund auf sozialdemokratischen Stolz:

- auf einen Bundeskanzler, der den amerikanischen Irak-Abenteuern nicht folgte, während seine Nachfolgerin versuchte, Deutschland sogar eine Mitschuld am Irakkrieg zu geben und sich bei GWB auf widerlichste Weise anbot.
- Wer hat die SPD eigentlich gezwungen, die richtige Agenda 2010 auf „Hartz IV“-Probleme verkürzt zu diskutieren?
- auf den Patrioten Müntefering, der die überfällige, weil demographisch zwingend logische Erhöhung des Rentenalters durchgesetzt hat, weil er Deutschlands Zukunft im Blick hatte und keine Parteibrille bevorzugte.
- ein international zu Recht hoch angesehener Finanzminister, der auch in Deutschland in der Gesellschaft mehr anerkannt wurde als von seiner eigenen Partei. In Anbetracht der Weltfinanzkrise dürfte Peer Steinbrück möglicherweise der beste Finanzminister aller deutschen Bundesregierungen gewesen sein.
- ein respektabler Außenminister
- ein tüchtiger Umweltminister, der allerdings innerhalb der Partei wie auch von außen ob eines Opportunismusverdacht misstrauisch beäugt wurde, heute aber ein bisher fehlerfreier, guter Parteivorsitzender ist.
- ein tolle Gesundheitsministerin, die die zweitschwierigste Aufgabe der Großen Koalition hatte, völlig gegensätzliche Konzepte der Koalitionspartner in eine Politik zu gießen.

Gerade an Ulla Schmidt lässt sich auch zeigen, was die SPD versäumt hat: sie musste zwar Kompromisse wie den Zusatzbeitrag mit beschließen, hat aber nicht mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass sie auch einen solchen Festbeitrag grundsätzlich ablehnt und diese Missgeburt nur des Kompromisses wegen mitgetragen hat.

Konsequenz und Perspektive

Wen diese Analyse überzeugt, der muss alles daran setzen, die breite inhaltliche Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik wieder zu Kreuzen für die SPD machen. Die **Chance** ist vorhanden, weil die Kanzlerin der schwarz-gelben Koalition erkennbar von den Positionen der Mitte zugunsten von Kientel-Begünstigung und erratisch bis absurden FDP- und CSU-Wünschen abrückt, ja, dass sie zu Positionen zurückkehrt, die sie selbst vor 2005, also vor ihrer sozialdemokratischen Wende, eingenommen hat; sie entpuppt sich als Chamäleon. Der Koalitionsvertrag zeigt in der Sozial-, Steuer- und Gesundheitspolitik, welche Chancen die SPD mit einer verantwortlichen Politik hat, jene Wähler zurück zu gewinnen, die Angela Merkel irrtümlicherweise mit der **guten Politik der letzten Jahre** identifizieren. Diese Wähler suchen schon bald eine neue Heimat für ihre Stimme und werden zugleich abgestoßen reagieren, wenn ihnen von der „Linken“ unrealistische Radikalismen entgegenschallen oder die SPD in der Mitte der Gesellschaft nicht mehr als staatstragend und verantwortlich wahrgenommen wird.

Dass die Union das ähnlich als Gefahr sieht, ist an der Verzögerung konkreter Festlegungen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen abzulesen; auch die jetzt vor dem Mai zu beschließende Steuersenkung wird das nicht ändern, weil wieder nicht gesagt werden wird, wo gespart wird. Die SPD bringt das nur insofern unter Druck, als die SPD Steuervergünstigungen zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich für unverantwortlich halten muss und hält; Gabriels diese Woche bekundete Kooperationsbereitschaft ist der Versuch, das Steuersenkungsversprechen nicht zur Waffe gegen die SPD werden zu lassen.

Würde sich die SPD auf einen Wettlauf mit der „Linken“ einlassen, wer hasserfüllter schimpfen und schönere Geschenkpakete versprechen kann, wäre an eine Rückgewinnung der sozialdemokratischen Mitte nicht zu denken.

Auf der rechten Seite dürfte es auch weiterhin eine gewisse Ernüchterung der Unionsflüchtlinge bei der FDP geben, insbesondere wenn der Finanzminister hart bleibt, schuldentreibende Steuergeschenke zu verhindern, d.h. es gibt ja zur Zeit schon eine gewisse Rückwanderung von Wählern von der FDP zur Union (außer in Bayern, wo die egoistisch-chaotische CSU an die FDP verliert). Die Union gewinnt aber nicht an Zustimmung, sondern verliert nach links – etwas überraschend an die GRÜNEN – jedenfalls in der Bilanz der „Sonntagsfragen“.

Auf die Bundestagswahl 2013 hin dürften die Chancen noch besser werden; denn diese Koalition verschießt das wenige Pulver, das sie sich auch noch leihen muss, zu Beginn der Legislaturperiode; 2012 wird sie die grundgesetzliche Verschuldungsgrenze zwingen, die Opfer und Abstriche planerisch konkret auszuweisen! Und vor einem Wahlkampf, bei dem **Union und FDP für Kopf- und Herdprämien** kämpfen und die SPD (hier nur einige Ideen)

- für den Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“, also für Mindestlöhne
- für die Weiterentwicklung des noch bestehenden **solidarischen Sozialsystems**
- für eine Abschöpfung leistungsloser Einkommen, insbesondere eine praktikable **Erbchaftssteuer** (nach Treuhandmodell)
- für einen Ausbau des **Bildungswesens**, von KITAs über Schulen bis Universitäten (alles frei von Gebühren)
- Rechtsschutzfonds für „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“
- „**Absturz-Versicherung**“ gegen zu schnelles Hartz IV

kämpft, sollte keinem Sozialdemokraten bang sein.

Lieb wäre zumindest mir, wenn sich die SPD überall einheitlich für eine **Stärkung des Bundes** (und der Kommunen) gegenüber den Ländern einsetzen würde; denn unser Föderalismus ist verlogen und in weiten Gebieten schädlich, insbesondere in der Bildungspolitik, aber auch bei zu vielen Rechten des Bundesrates.

Und beim **Klimaschutz** wäre mir wichtig, dass Deutschland und EU voranzugehen, aber sich immer wieder vergewissern, dass andere auch wirklich folgen. Solitär radikaler Klimaschutz wird wegen der Kosten soziale Gegenkräfte wecken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Gerd Eisenbeiß, Bonn, 19.März 2010